Landtag
Nordrhein-Westfalen
16. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 16/1446
28.09.2016

Rechtsausschuss

64. Sitzung (öffentlicher Teil)[1]

28. September 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:25 Uhr

Vorsitz: Dr. Ingo Wolf (FDP)

Protokoll: Stefan Ernst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017) 5

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12500
hier: Einzelplan 04 (Justiz)
hier: Einzelplan 16 (Verfassungsgerichtshof)

Vorlage 16/4240 (Erläuterungsband)
Vorlage 16/4270 (Erläuterungsband)

in Verbindung mit

Finanzplanung 2016 bis 2020 mit Finanzbericht 2017 des Landes Nordrhein-Westfalen

Vorlage 16/12501

[1] nichtöffentlicher Teil siehe nöAPr 16/315

2 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen 7

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
der Fraktion der CDU
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/12350

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD
der Fraktion der CDU
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Fraktion der FDP

– Tischvorlage (siehe Anlage) –

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf Drucksache 16/12350 in seiner durch den als Tischvorlage ausgebrachten Änderungsantrag geänderten Form mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, CDU, Grünen und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der Piraten zu.

3 Gesetz zur Ausführung des Gesetzes über die psychosoziale Prozessbegleitung im Strafverfahren (AGPsychPbG) 10

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12365

APr. 16/1412

Der Ausschuss stimmt dem vorliegenden Gesetzentwurf Drucksache 16/12365 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Grünen bei Enthaltung der Fraktionen der CDU, FDP und Piraten zu.

4 Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Verbesserung der Sicherheit in Justizvollzugsanstalten des Landes Nordrhein-Westfalen 12

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12434

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf Drucksache 16/12434 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Grünen und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der Piraten bei Enthaltung der Fraktion der CDU zu.

5 Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten 13

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12068

APr. 16/1391

Der Ausschuss kommt überein, zum Gesetzentwurf Drucksache 16/12068 kein Votum abzugeben.

6 Kinder und Jugendliche schützen – Kinderehen wirksam verhindern 14

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/12848

7 Verfassungskonforme Regelung der Zwangsmedikation in den Vollzugsgesetzen des Landes Nordrhein-Westfalen sicherstellen 16

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/11894

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/4211

8 Trauerspiel um die JVA Münster beenden: Überfälligen Neubau endlich realisieren, denkmalgeschützten Altbau erhalten! 17

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/12832

9 Umgang mit vom türkischen Generalkonsulat bzw. DİTİB entsandten Imamen im Justizvollzug *(TOP beantragt von der FDP-Fraktion, siehe Anlage)* **21**

Bericht
der Landesregierung
16/4264

10 Suizid in der JVA Düsseldorf *(TOP beantragt von der CDU-Fraktion, siehe Anlage)* **24**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/4261
Vorlage 16/4262

11 Entwicklung der Haftkapazitäten im geschlossenen Erwachsenenstrafvollzug des Landes Nordrhein-Westfalen (Januar bis August 2016) *(TOP beantragt von der CDU-Fraktion, siehe Anlage)* **26**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/4263

12 Verschiedenes 27

* * *

4 Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Verbesserung der Sicherheit in Justizvollzugsanstalten des Landes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12434

Vorsitzender Dr. Ingo Wolf weist darauf hin, der Gesetzentwurf verlängere lediglich die bestehenden Regelungen über den Befristungszeitpunkt hinaus, nämlich vorsorglich und erneut bis zum 31. Dezember 2018. Insofern könne heute die erste und zugleich abstimmen Beratung erfolgen, sofern der Ausschuss zustimme.

Jens Kamieth (CDU) freut sich, dass Rot-Grün sehe, dass sich dieses schwarz-gelbe Gesetz bewähre. Allerdings wundere ihn die erneute Befristung des Gesetzes, da seine Übernahme in die anderen Vollzugsgesetze noch nicht vollständig abgeschlossen sei, weshalb sich seine Fraktion auch bei diesem Gesetzentwurf enthalten werde.

Minister Thomas Kutschaty (JM) erläutert, gestern habe das Kabinett für die weiteren Vollzugsgesetze die Verbändeanhörung beschlossen. Die Entwürfe werde man im Rahmen der Parlamentsinformation alsbald zuleiten. Damit werde der Landtag nach Einschätzung der Landesregierung noch in dieser Legislaturperiode ausreichend Zeit haben, die Vollzugsgesetze zu beraten und zu verabschieden, sodass man die Befristung im vorliegenden Gesetzentwurf tatsächlich nur noch für eine Übergangszeit benötige.

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf Drucksache 16/12434 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Grünen und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der Piraten bei Enthaltung der Fraktion der CDU zu.